

Wie können sich die Anwohnenden im Falle eines solchen Atom-Unfalls schützen?

Für Betroffene im unmittelbaren Umfeld gibt es keinen Schutz. Die einzig sichere und vernünftige Präventionsmaßnahme ist, diese Transporte zu verhindern. "Angaben zu den Transportfirmen und den Schiffsnamen sowie zu den Transportrouten sind aus Sicherheitsgründen bundesweit als Verschlusssache eingestuft. Im Übrigen berühren die Fragen die Einsatztaktik der Polizei, über die der Senat grundsätzlich keine Auskunft gibt." Und "...Zu den Einzelheiten der Schutzmaßnahmen gibt der Senat aus Sicherheitsgründen keine Auskunft."

Aber wie sollen wir uns schützen, wenn die Transporte im Geheimen ablaufen?

Atomtransporte-Stopp ist kein unerreichbares Ziel

Verschiedene Städte haben es - auf Grund öffentlichen Drucks - vorgemacht: Lübeck (1987, nach diesem Beschluss wird bis heute verfahren), Emden (1987), Wilhelmshaven (1988, Atomtransporte und Umschlag von radioaktivem Material sind dort zur Zeit (10/09) weder geplant noch beantragt) haben Atomtransporte über ihre Häfen untersagt. Frankfurt am Main (1997) und die Länder Belgien, Luxemburg und die Niederlande haben zumindest CASTOR-Transporte durch ihre Regionen verboten.

Abschließend

Unfälle mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung sind nicht auszuschließen.

Wenn deutsche Firmen weiterhin am Bau von Atomanlagen weltweit beteiligt sind, oder Materialien für deren Betrieb herstellen und exportieren oder wenn Atomstrom aus anderen Ländern importiert wird, stellt das das ganze Gerede vom "Ausstieg aus der Atomenergie" in Frage.



Atomtransporte sind von größter strategischer Bedeutung für das Funktionieren der Atomindustrie. Atomtransporte verhindern heißt die Atomanlagen stilllegen und das ist genau unser Ziel.

Aber das werden wir nicht ausschließlich erreichen durch (wissenschaftliche) Argumente und Appelle an die Politiker_innen, sondern da müssen wir schon selbst Hand anlegen!

Und da sind wir jetzt ganz aktuell gefragt, wenn Anfang November wieder ein CASTOR-Transport nach Gorleben rollt. (Achtet auf Infos & Veranstaltungsflyer)

SAND (Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke – Gruppe, Hamburg) www.nadir.org/SAND

MAUS (Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz – Bremen) www.MAUS-Bremen.de

September 2010



Hamburg und Bremen – Internationale Drehscheibe für Atomtransporte



Der Kraftwerksbetreiber E.ON wollte Ende 2009 acht MOX-Brennelemente - also plutoniumhaltige (bis zu 5%) Brennelemente - aus der britischen Plutoniumfabrik Sellafield zum Atomkraftwerk Grohnde in Niedersachsen transportieren lassen.

Angeblich regelt der so genannte Grohnde-Vertrag die Herstellung von insgesamt 64 MOX-Brennelemente und deren Lieferung. Weitere 44 MOX-Brennelemente sind wohl in Sellafield für das AKW Brokdorf an der Unterelbe bestellt worden. Aufträge zur Lieferung von MOX-Brennelementen existieren offenbar auch für die AKW in Gundremmingen, Isar, Neckarwestheim und Krümmel.

Cuxhavens Oberbürgermeister Arno Stabbert (CDU) forderte den privaten Hafensbetreiber Cuxport auf, die Abwicklung der Atomtransporte abzulehnen, was die Firma daraufhin auch tat. "Ich halte die Transporte zwar für unbedenklich, aber durch die unverantwortliche Diskussion darum droht Schaden für meine Stadt", begründete Stabbert seine Haltung gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. "Angesichts der emotionalisierten Debatte könne ein ungestörter Transport nicht gewährleistet werden."

Am Cuxhavener Europakai hatten Polizei und Feuerwehr am 16. Juli 2009 das Be- und Entladen des britischen Atom-Frachters Atlantic Osprey geübt.

Daraufhin wurden Spekulationen laut, dass E.on versuchen werde, die Transporte über Bremen abzuwickeln. Der dortige Senat lehnte dies umgehend ab. Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) lehnt die Abwicklung der Atomtransporte über die Bremischen Häfen sowohl aus Sicherheits-, als auch aus politischen Gründen ab. Er erklärte im Weserkurier, dass der Bremer Senat den Ausstieg aus der Kernenergie unterstütze und nun nicht den "Ausputzer für die Atomlobby" spielen werde.

Jetzt kam Hamburg als Alternative ins Spiel. Wir forderten den Senat auf, dem Beispiel Cuxhavens und Bremens zu folgen und die Atomtransporte abzulehnen. Bislang deutet jedoch nichts darauf hin, dass Hamburg die Transporte unterbinden will. Der Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Christian Maaß (GAL), räumte in der Sitzung des Umweltausschusses ein, dass man in Sachen Atomtransporte von Sellafield nach Grohnde "nichts ausschließen könne". "Die zuständige Behörde sieht derzeit keine Rechtsgrundlage, um entsprechende Transporte durch Hamburg zu untersagen oder planungsrechtlich bzw. wegerechtlich auszuschließen."

Dass die Hafenstädte Bremen und Cuxhaven die Atomtransporte über ihre Häfen abgelehnt haben, ist ein großer Erfolg für die Anti-AKW-Bewegung.

Aktuell erwartet E.ON für das erste Quartal 2011 jetzt 16 MOX-Brennelemente aus Sellafield für den Einsatz im AKW-Grohnde. Die Brennelemente sollen mit dem Frachtschiff von England auf dem Seeweg nach Deutschland gebracht werden. Als „Zielhäfen“ kommen nach Aussage von E.ON „Bremerhaven, Bremen und Cuxhaven in Betracht“. Das beauftragte Transportunternehmen Nuclear Cargo + Services GmbH hat beim zuständigen Bundesamt für Strahlenschutz die Genehmigung für diesen Transport beantragt. Jetzt wird es sich zeigen, wie ernst die jeweiligen Bürgermeister und Senate ihre Beschlüsse vom Ende letzten Jahres gemeint haben.

Dem Nachdruck zu verleihen, dass keine Atomtransporte durchgeführt werden können, da sind wir gefragt!

Hamburg - Internationale Drehscheibe im Atomgeschäft!

Über das Hamburger Stadtgebiet und den Hafen geht eine Vielzahl von Atomtransporten. Hamburg ist eine Drehscheibe zur Versorgung und zur Entsorgung der AKWs im internationalen Atomgeschäft.

Uranoxide, das extrem giftige Uranhexafluorid, unbestrahlte und bestrahlte Brennelemente oder andere Produkte im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomtechnologie werden im Hamburger Hafen umgeschlagen und/oder durch das Hamburger Stadtgebiet transportiert.

Die Transporte gehen von oder nach: Deutschland, Belgien, Schweiz, Niederlande, Schweden, Großbritannien, Norwegen, Frankreich, Spanien, Kanada, USA, Argentinien, Australien, Süd-Korea, Russland, Kasachstan und Namibia.

alle 1,5 Tage ein Atomtransport durch Hamburg!
alle 4 Tage ein Atomtransport durch Bremen!
ein extrem gut florierender weltweiter Handel!



Die beiden Sattelzüge mit den abgebrannten Brennelementen aus der GKSS am 10.08.10 im Hafen von Bremerhaven



Bedeutung der Symbole: 'Umweltgefährdend', 'Radioaktiv', 'Fissile' = spaltbar, UN-Nummer '3328' = radioaktive Stoffe

Risiken für die Bevölkerung

Unfälle, die zu einer Freisetzung radioaktiver Stoffe führen, können verheerende Folgen haben - unabhängig davon, ob es sich um ortsfeste Anlagen handelt oder um Transporte. Transporte haben jedoch ihre eigene Problematik: Sie sind schwieriger zu schützen, die Behälter können nicht immer ausreichend ausgestattet sein, gefährliche Stellen lassen sich nicht ohne weiteres umfahren, und schließlich werden alle Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen dadurch erschwert, dass Unfälle an nicht vorhersehbaren Orten geschehen, was nachweislich passiert ist.

Die Auswirkungen eines Unfalls, d.h. die Strahlenbelastung Einzelner oder ganzer Bevölkerungsgruppen und die daraus folgenden Gesundheitsschäden, hängen im konkreten Fall unter anderem von Art, Menge und Form der freigesetzten Stoffe ab, von Emissionshöhe, Wetterbedingungen, Geländestruktur, Verhalten der Radionuklide in der Biosphäre und im Menschen sowie von Maßnahmen, die zur Verringerung der Strahlendosis ergriffen werden.

Das kann tiefe Eingriffe in das Leben der Bevölkerung bedeuten - Räumung von Gebieten, zeitweise Umsiedlung, Abtragen der obersten Bodenschichten einschließlich des Bewuchses (und "sichere" Lagerung!), Dekontamination von Straßen und Gebäuden, Nutzungseinschränkungen, um nur einiges zu nennen.

Transporte von abgebrannten Brennelementen in die Plutoniumfabriken (z.B. nach La Hague/Frankreich oder nach Sellafield/Groß Britannien) sind seit dem 01.07.2005 gesetzlich untersagt worden. Transporte von "bestrahlten" (abgebrannten) Brennelementen aus sogenannten Forschungsreaktoren dürfen dagegen weiterhin erfolgen. Solche Transporte sind schon alleine aufgrund der hohen biologischen Wirkung der Neutronenstrahlung nicht zu verantworten. Die auftretenden Strahlendosen sind hoch und können zur Zeit nicht mit annähernd ausreichender Genauigkeit erfasst werden

Bei einem mehrstündigen Feuer können große Mengen Cäsium-134 und Cäsium-137 freigesetzt werden. Durch Gammastrahlung und mit Cäsium belastete Nahrungsmittel führen zu einer jahrzehntelangen Strahlenbelastung von Mensch und Umwelt

Aktuell wurden am 10. August 2010 45 Brennelemente aus dem Forschungsreaktor GKSS in Geesthacht durch Hamburg nach Bremerhaven transportiert und dort mit Atommüll aus der Schweiz auf das britische Schiff Atlantic Osprey geladen und in die USA verschifft.

Davor – am 11.07 - waren schon einmal in einem heimlichen Atommülltransport 52 radioaktive Brennstäbe des ehemaligen Atomfrachters „Otto Hahn“ über Hamburger Stadtgebiet nach Frankreich auf die Reise geschickt worden

Bei Unfällen mit Uranhexafluorid (UF₆)Transporten ist wesentlich dessen chemisch hohe Toxizität: Bei Freisetzung von UF₆ bilden sich mit der Luftfeuchte sofort Flußsäure und andere giftige Fluorverbindungen, die schwere Verletzungen der Atemwege verursachen. Je nach Witterungsbedingungen können bis in ca. 600 m Entfernung vom Unfallort tödliche Konzentrationen auftreten, die Zahl der Todesopfer im städtischen Gebiet wird bis zu 1 000 abgeschätzt.

Bei schweren Unfällen, die mit Freisetzung von UF₆ oder Plutonium verbunden sind, gibt es keine effektiven Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Die Katastrophenschutzplanung kann bei schweren Unfällen im Zusammenhang mit Transporten dieser Substanzen nur begrenzt greifen

Am Montag, den 08. März 2010 – wurde ein 15-Tonnen-Transport mit Uranhexafluorid von Beamten der Gefahrgutüberwachung wegen „gravierender Mängel“ auf der A1 in Bremen in Fahrtrichtung Osnabrück aus dem Verkehr gezogen. Das Uranhexafluorid stammte aus den USA, wurde im Hamburger Hafen umgeschlagen und sollte in die Urananreicherungsanlage nach Gronau (Nordrhein-Westfalen) gebracht werden.